



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Eine Spirale der Aufrüstung, die uns alle gefährdet

Die US-Regierung Trump-Vance lässt keinen Zweifel: Sie entscheidet, wann und wie der Krieg in der Ukraine beendet wird.

Drei Jahre lang hatte es geheißt, die kleine Ukraine brauche Unterstützung gegen den bösen Putin. Und nun wechselt die US-Regierung nahtlos die Seiten – weil sie sich davon jetzt den größeren Nutzen für die US-Konzerne verspricht. Wer bei dieser Kehrtwende nicht mitmacht, wird kaltgestellt. Als wirtschaftlich und militärisch mächtigstes Land haben die USA die Mittel dazu.

Die europäischen Staatschefs nutzen diesen neuen Vorwand, um uns zu erklären, dass sie massiv aufrüsten müssten. CDU und SPD überlegen bereits, „als ersten Schritt“ ... mehrere hundert Milliarden Euro weiterer Schulden für die Aufrüstung der Bundeswehr und Waffenlieferungen an die Ukraine zu machen.

Dabei betragen die Gesamteinnahmen des Bundeshaushaltes (für Rente, Gesundheit, Bildung, Straßen- und Wohnungsbau...) nur 440 Milliarden Euro!

Sie behaupten, diese gigantische Aufrüstung wäre „unverzichtbar“. Die USA würden „die freie Welt“ nicht mehr verteidigen. Daher müsste Europa dies jetzt selber machen.

Als wäre es den USA jemals um den Schutz von Demokratie und Freiheit gegangen! Bei all den Kriegen, die sie geführt oder unterstützt haben (von Vietnam über den Irak bis zu Israels Massaker an den Palästinensern) ging es ihnen IMMER nur um eines: die Wirtschafts- und Machtinteressen ihrer Kapitalisten zu schützen.

Auch in der Ukraine ging es nie um etwas anderes. Das war auch unter Präsident Biden schon so. Für den US-Imperialismus war der Krieg eine Gelegenheit, um sowohl den Rivalen Russland zu schwächen – als auch die wirtschaftliche Konkurrenz in Europa und insbesondere Deutschland (z.B. durch die Sanktionen auf russisches Gas) zu schwächen.

Für alle westlichen Rüstungskonzerne war der Krieg zudem eine gigantische Profitquelle – und eine perfekte Gelegenheit, neue Waffensysteme zu testen und für sie zu werben. Angefangen bei Elon Musk, der der ukrainischen Armee sein Satelliten-Internet Starlink verkauft hat.

Außerdem hat der Krieg es US-Investoren ermöglicht, sich große Teile der profitablen ukrainischen Landwirtschaft unter den Nagel zu reißen.

Trump setzt diese Politik in Wahrheit fort. Nur, dass er es im Gegensatz zu seinem Vorgänger ganz offen und zynisch tut.

Er sagt offen: Die Ukraine ist durch die Waffenlieferungen und Kredite völlig von den USA abhängig geworden, also können die USA jetzt auch die Bedingungen des Friedens diktieren. Und der soll den US-Konzernen den Löwenanteil an Rohstoffen und Aufträgen für den Wiederaufbau sichern – und auch neue Handelsbeziehungen zu Russland, die Russland vor dem Krieg zu europäischen Firmen unterhielt.

Die Menschen in der Ukraine haben ihre Wohnung, ihre Gesundheit, teilweise ihr Leben verloren. Und wofür? Um am Ende festzustellen, dass sie nicht sich und ihre Freiheit verteidigt haben, sondern – wie in allen Kriegen – die Profit- und Machtinteressen derjenigen, die ihnen die Waffen in die Hand gedrückt haben.

Diese Lehre dürfen wir nicht vergessen! Denn wenn die deutsche Regierung heute davon spricht, aufzurüsten und kriegstüchtig zu werden, um angeblich uns und unsere Freiheit zu schützen, dann ist das genau die gleiche Lüge.

Die europäischen Staatschefs empören sich über Trumps Verhalten nicht wegen des Schicksals der ukrainischen Bevölkerung, sondern weil Trump und Putin die Kriegsbeute alleine unter sich aufteilen wollen.

Auch die EU hatte mit der Ukraine bereits über Rohstoff-Abkommen und Wiederaufbau-Aufträge für Siemens, Hoch-

tief und Co. verhandelt. Und CDU-Militärexperte Kiesewetter hat zugegeben, dass es Europa im Ukraine-Krieg auch „um die Rohstoffe“ gehe.

Sie hatten fest damit gerechnet, dass die USA ihnen im Gegenzug für die europäischen Waffenlieferungen und Finanzhilfen einen Teil des ukrainischen Marktes überlassen würden.

Doch die mächtigere USA haben entschieden, ihre europäischen Konkurrenten auszubooten. Denn vor allem seit den Krisen der letzten fünf Jahre schrumpfen die weltweiten Absatzmärkte. Der Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten USA, China und der EU, um diese Märkte für ihre Konzerne zu sichern, wird daher immer aggressiver. Das ist auch der wahre Grund, warum die EU-Staaten militärisch unabhängiger von den USA werden wollen: um in diesem Kampf die Interessen ihrer Konzerne besser verteidigen zu können.

Wir Arbeitenden sind schon heute Opfer ihres immer aggressiveren Konkurrenzkampfs. Wir bezahlen ihn in den Betrieben durch Standortschließungen, durch massenhaft Entlassungen und Lohnkürzungen, die die Konzernbosse im Namen der Wettbewerbsfähigkeit verlangen – mit der Drohung, ansonsten in die USA zu verlagern.

Und wir bezahlen ihn mit immer heftigeren Sparplänen, immer neuen Angriffen auf Krankenversorgung, Rente, Bildung, um die Milliardengeschenke an die Konzernbosse und die gigantische Aufrüstung zu bezahlen.

Uns und unsere Interessen verteidigen wir nicht, indem wir uns in ihren lebensgefährlichen Konkurrenzkampf hineinziehen lassen.

Unsere Interessen können wir nur verteidigen, indem wir Arbeitenden uns gegen die Angriffe der Kapitalisten und Regierenden im eigenen Land zur Wehr setzen – und ihnen die Macht über unser Leben sowie über Krieg und Frieden wegnehmen.

Und in diesem Kampf haben wir Arbeitende aller Länder die gleichen Interessen und ein gemeinsames Ziel.

Kongo: der brutale Krieg um die Rohstoffe

Im Osten des Kongo hat die bewaffnete Miliz M23, unterstützt von der Armee Ruandas, mehrere Großstädte erobert. Um ihre Herrschaft zu sichern, terrorisiert sie die dortige Bevölkerung mit willkürlichen Morden und Vergewaltigungen. Hunderttausende sind vor ihnen auf der Flucht und leiden Hunger. Und warum das alles?



herrschaft seiner Konzerne in der Region zu sichern.

Fast das ganze Land ist durch diesen jahrzehntelangen Rohstoffkrieg verwüstet und ins Chaos gestürzt worden. Millionen Menschen sind in ihm bereits gestorben. Und nun, da Computer, Handys und E-Autos den Konkurrenzkampf vor

Weil der Kongo das Pech hat, eines der größten Rohstoff-Vorkommen an Kobalt und an dem für Handys und Laptops so wichtigen Tantal zu besitzen. Außerdem gibt es große Vorkommen an Diamanten, Gold, Wolfram, Kupfer...

Jahrzehnten zahllose bewaffnete Banden, die einzelne Regionen erobern, die dortige Bevölkerung tyrannisieren und sie zwingen, unter unvorstellbar brutalen Bedingungen die Rohstoffe abzubauen, die dann an die westlichen Konzerne geliefert werden.

allen um Tantal und Kobalt noch einmal massiv verschärfen, wird auch dieser brutale Krieg noch einmal extrem angeheizt.

Um (günstig) an diese wertvollen Rohstoffe zu kommen, finanzieren westliche Großkonzerne und ihre Staaten seit

So wurde der Vorläufer der Miliz M23 bereits in den 1990er Jahren von Frankreich ins Leben gerufen, um die Vor-

Die Barbarei ist kein Geburtsfehler Afrikas. Sie ist ein kapitalistisches Exportprodukt der imperialistischen Großmächte, genau wie das Sturmgewehr und der Raketenwerfer.

CDU-Anfrage: Ein kleiner Blick in die Zukunft

CDU-Chef Merz hat wohl nicht gut verkraftet, dass er das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der CDU bekommen hat. Dafür möchte er sich nun rächen.

Alle Organisationen, die zu den Massendemonstrationen gegen die gemeinsamen Gesetze von CDU und AfD aufgerufen haben – „Omas gegen Rechts“, Foodwatch, Tierschutzgruppen oder Netzwerke kritischer Journalisten – sollen künftig zur Strafe keine öffentlichen Gelder mehr erhalten.

Die CDU macht damit auch klar, welcher Wind zukünftig wehen soll: Wer Kritik übt, soll sich warm anziehen.

* * * * *

Tatsächlich hat diese autoritärere Entwicklung schon vor einigen Jahren begonnen. Wer nicht hundertprozentig hinter der Politik der deutschen Regierung im Ukraine-Krieg stand, konnte Probleme bekommen. Kurz darauf bekamen zig Vereine ihre Finanzierung wegen angeblichem „Antisemitismus“ gestrichen, wurden manchmal sogar verboten, weil sie die grausame Politik Israels in Gaza auch nur leicht kritisiert haben.

Diese Entwicklung erleben wir nicht nur in Deutschland. Je tiefer die Krise, je offensichtlich ungerechter ihre Gesellschaft, je unpopulärer ihre Politik zugunsten der Reichen und Mächtigen, desto autoritärer müssen sie sie durchsetzen.

Die heutigen Ereignisse können uns eine Warnung sein. Demokratie gibt es nur soweit und solange, wie diese den Herrschenden nicht weh tut. Auch bei der Verteidigung demokratischer Rechte kann die arbeitende Klasse sich ausschließlich auf die eigenen Kämpfe verlassen.

Parteispenden: Die Milliardäre wissen, wen sie fördern – und warum

Erneut ist die AfD in einen Parteispandenskanal verwickelt. Zum zweiten Mal hat sie verschleiert, dass sie eine große Summe von dem Duisburger Immobilien-Milliardär Henning Conle bekommen hat, diesmal 2,35 Millionen Euro.

Man kann nur darüber spekulieren, warum dessen Name nicht genannt werden sollte und die Spende daher (illegalerweise) über einen Strohmann lief. Aber sicher ist, dass der wahre Spender keine gute Werbung für die AfD ist, die sich so gerne als patriotisch und Vertreterin des Volkes gibt.

Der Immobilien-Hai Conle, der ein Immobilien-Vermögen von seinem Vater geerbt hat, ist bekannt dafür, dass er heruntergekommene Wohnungen vermietet... an Armee und oftmals Migranten, die nichts anderes finden können. Gerne lässt er auch absichtlich Wohnungen leer stehen, um durch diese Spekulation die Preise in die Höhe zu treiben.

Mit dem so ergaunerten Geld lebt er im Steuerparadies Lichtenstein und der Schweiz, wo auch Alice Weidel wohnt, und zahlt natürlich keine Steuern in Deutschland.

Einen kleinen Teil davon spendet er allerdings gerne der AfD, von der er sich ganz zu Recht erhofft, dass sie es den wahren Sozialschmarotzern wie ihm noch leichter machen will, die Bevölkerung auszuplündern – Trump und Musk lassen grüßen.

Die Wahlen sind vorbei – und was machen wir jetzt?

Für die Politiker ist klar: Mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel haben wir unsere Schuldigkeit getan. Jetzt sollen wir alles ihnen überlassen. Als hätten wir nicht oft genug erlebt, was dabei rauskommt!

Unter der letzten Regierung sind wir nicht nur alle ärmer geworden, während eine kleine Minderheit großer Kapitalisten so reich werden konnte wie noch nie. Die Empörung und den Abscheu, die die Ampel und ihre Politik hervorgehoben haben, ist auch ein Grund für den großen Wahlsieg der AfD, die die zweitstärkste Kraft geworden ist.

Und nun will die SPD als nächstes unter einem CDU-Kanzler Merz regieren, vor dem sie noch im Wahlkampf gewarnt hat, weil er dabei ist, den Weg für eine Regierung mit der AfD zu ebnet.

Um gegen diese gefährliche Entwicklung ein Zeichen zu setzen, haben mehrere Millionen Menschen die Linkspartei gewählt. Sie haben damit ihre Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Wahlkampf nur noch in einem Wettstreit bestand, wer die härtesten und ekeligsten Maßnahmen gegen Mig-

ranten vorschlägt, und damit abgelenkt wurde von allem, was unser Leben tagtäglich zu einem Kampf macht: Entlassungen, steigende Mieten, Krankenhausschließungen, Kürzungen bei Kitas, Bus und Bahn...

Doch wenn wir nichts weiter dagegen unternehmen, wird die nächste Regierung genau diese Politik fortsetzen!

Denn die CDU wird die nächste Regierung anführen, und sie wird die Ergebnisse der AfD als Vorwand nutzen, um noch brutaler im Interesse der Reichen zu regieren und zur Ablenkung gegen Migranten zu hetzen.

Wenn wir nicht wollen, dass unsere Arbeits- und Lebensbedingungen immer weiter den Bach runtergehen, dann müssen wir uns nach der Wahl weiter einmischen. Dann müssen wir Arbeitenden – mit und ohne Migrationshintergrund – zusammenhalten und für unsere Interessen kämpfen: mit Demonstrationen und vor allem mit unserem Druckmittel, dem Streik.

Von der Lohnfortzahlung im Krankheits-

fall bis zu den Rechten der Frauen: Unsere wichtigen Interessen haben wir nie durch Wahlen, sondern immer nur durch Kämpfe durchsetzen und verteidigen können.

Dies liegt auch daran, dass die meisten Entscheidungen, die unser Leben bestimmen (z.B. Entlassungen und Lohnkürzungen, Preis-Steigerungen...) gar nicht von Politikern entschieden werden, sondern von Konzern-Bossen, die wir derzeit nicht einmal wählen oder kontrollieren dürfen, und die einzig nach dem Gesetz des Profits handeln. Gegen sie können wir uns derzeit nur mit Streiks und Kämpfen wehren.

Die Konzernbosse regieren in der Wirtschaft wie früher die Könige – einfach nur, weil sie das Geld (geerbt) haben. Und sie bestimmen über ihre wirtschaftliche Macht letztlich auch die Politik.

Eine echte Demokratie kann es daher erst geben, wenn die Unternehmen in den Händen der Allgemeinheit sind und wir auch hier die Verantwortlichen wählen und ihre Entscheidungen kontrollieren können.

VW: Was steckt hinter dem angeblich „sozial verträglichen“ Stellenabbau?

Der Vorstand des VW-Konzerns und die Führung der IG-Metall hatten sich Weihnachten darauf geeinigt, trotz 16 Milliarden Euro Reingewinn... 35.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Doch angeblich würde der Stellenabbau ganz „sozial verträglich“ ohne Kündigungen ablaufen.

Immer deutlicher wird nun, was das in Wahrheit bedeutet. Es beginnt bei den 13.500 Arbeitenden – von Produktionsarbeitern bis hin zu Informatikern – die bei der Tochterfirma VW Group Services angestellt sind. Für sie gilt der ausgehandelte Kündigungsschutz nämlich nicht. Sie können ganz einfach entlassen werden.

Andere VW-Beschäftigte versucht man dazu zu drängen, „freiwillig“ zu kündigen, indem man ihnen das Leben schwer macht. Produktionsarbeiter werden auf Arbeitsplätze versetzt, die sie gesundheitlich nicht schaffen können.



Demonstration gegen die Angriffe der VW-Führung im Dezember

Beschäftigte aus Entwicklung und Verwaltung, die bislang im Homeoffice gearbeitet haben, weil sie 200 Kilometer entfernt wohnen, werden plötzlich gezwungen, jeden Tag in den Betrieb zu kommen.

Das ist der „sozialverträgliche“ Stellenabbau bei VW. Und nun diskutieren Politiker und Gewerkschaftsführung auch noch, dass er doch ein Modell sein könnte... für die geplanten Entlassungen bei thyssenkrupp und anderen Konzernen!

Wenn VW eines beweist, dann dass es keinen „sozialverträglichen“ Stellenabbau“ gibt.

Er ist nicht sozial verträglich für die, die gehen müssen. Nicht für die, die bleiben und die ganze Arbeit mit weniger Leuten schaffen müssen. Nicht für die junge Generation, deren künftige Arbeitsplätze vernichtet werden. Nicht für die Regionen, in denen die VW-Werke angesiedelt sind.

Er ist für die gesamte Gesellschaft nicht sozialverträglich, für die er noch mehr Arbeitslosigkeit und noch mehr Krankheiten durch Arbeitsüberlastung bedingt.

Die einzigen, die diesen Stellenabbau gut vertragen, sind die Kapitalisten und ihre Profite.

Sozial verträglich ist im Gegenteil, diese Profite zu nutzen, um alle Arbeitsplätze und Löhne zu erhalten!

Die widerliche Spekulation mit dem „grauen Gold“

Immer häufiger melden in den letzten Jahren Pflegeheime und ambulante Pflegedienste Insolvenz an: 2023 traf dies allein in NRW 130 Pflegeeinrichtungen.

Jede dieser Insolvenzen ist eine Katastrophe. Für die Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Und für die älteren Menschen, die von heute auf morgen ohne die lebenswichtige Betreuung, wenn nicht gar ohne Unterkunft dastehen.

Der Grund für die massive Zunahme von Insolvenzen ist, dass ein Großteil der Pflegeeinrichtungen mittlerweile privaten Investmentfonds gehört. Diese kaufen Pflegeeinrichtungen wie sie Aktien oder Bitcoins kaufen, nämlich um mit ihnen zu spekulieren. Sie kaufen sie mit dem Ziel, in kürzester Zeit so viel Geld wie möglich aus ihnen herausziehen und sie anschließend mit Gewinn weiter zu verkaufen. Dafür sparen sie radikal bei allem: beim Personal, bei den Betreuungsangeboten, ja sogar beim Essen.

Um kein Risiko einzugehen, kaufen sie die Pflegeeinrichtung nicht mit ihrem eigenen Geld, sondern auf Kredit. Wenn sie dann irgendwann trotz aller Sparmaßnahmen nicht genug Profit abwirft, können sie einfach Insolvenz anmelden, ohne selber dabei auch nur einen Cent zu verlieren – und lassen Beschäftigte, Pflegebedürftige und Angehörige in den Trümmern zurück.

Dieses Profit-System ist kriminell!



Sicher sind nur die Gewinne der Rüstungskonzerne

Seit den neusten Spannungen zwischen den USA und den europäischen Staaten sowie deren Ankündigung, radikal aufzurüsten, ist der Aktienkurs des Rüstungskonzerns Rheinmetall in die Höhe geschossen. Innerhalb von zwei Wochen ist er um 250% gestiegen. Und das, nachdem er schon vorher – seit Beginn des Ukraine-Kriegs – um 600% gestiegen war.

Ein zerstörtes Land, hunderttausende tote Ukrainer und Russen, zunehmende Aggressivität zwischen den Großmächten und nun noch ein extrem teures Wettrüsten Europas mit unabsehbaren Folgen für uns alle: Für die Aktionäre der Rüstungs- und Stahlkonzerne sind dies wundervolle Nachrichten.

E.ON: eine Jahresendabrechnung mit vielen Nullen

Viele haben in den letzten Wochen erneut einen Schock bekommen, als sie die Jahresendabrechnung für die Stromkosten bekommen haben.

Ganz anders die Aktionäre von E.ON. Die konnten sich bei ihrer Jahresendabrechnung erneut über einen Milliardengewinn freuen. Nach Abzug aller Abgaben und Steuern hat E.ON einen Reingewinn von fast 3 Milliarden Euro gemacht.

Ständig wird darüber diskutiert, warum die Strompreise so hoch sind. Hier ist ein Teil der Antwort.

BP: Verkehrte Welt

Der BP-Konzern hat angekündigt, seine Raffinerie in Gelsenkirchen zu verkaufen. 2.000 Arbeitende von BP sowie Hunderte von Zulieferern und Subfirmen fragen sich, wie es jetzt für sie weitergeht: an wen sie verkauft werden, ob der Betrieb dabei zerschlagen wird, ob der Verkauf als Vorwand für Verschlechterungen dienen soll oder ob alles beim Alten bleibt.

Doch selbstverständlich sollen die Arbeiter all das als letzte erfahren – weil über die Zukunft der Betriebe im Geheimen von Vorständen und Managern entschieden wird, die die Firmen oft häufiger wechseln als andere Leute ihr Auto.

Die Pläne und Entscheidungen der Firmen gehören von Anfang an offengelegt, unter die Kontrolle derjenigen, die die Betriebe tagtäglich am Laufen halten und die die Folgen der Entscheidungen konkret treffen: Und das sind wir Arbeitenden!

Geld fließt immer nach oben

Zwischen 2022 und 2023 sind unsere Reallöhne um ganze 12 Prozent gesunken.

In der gleichen Zeit aber sind die Dividenden, die die Aktionäre der großen Unternehmen in Deutschland bekommen haben, um sage und schreibe... 27 Prozent gestiegen.

Da ist das Geld gelandet, das sie uns Arbeitenden mit ihren massiven Preissteigerungen und Sparplänen im Namen der „Wirtschaftskrise“ gestohlen haben!

Mercedes: Eine katastrophale Profitgier

Nach VW und Audi hat jetzt auch Mercedes angekündigt, über 5 Milliarden Euro auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter sparen zu wollen: durch Stellenabbau, Lohnkürzungen sowie Verlagerungen in Länder mit niedrigeren Lohnkosten.

Die Konzernbosse behaupten, sie hätten keine Wahl. Die Zahlen wären „katastrophal“, die Zukunft düster. Ach ja? In den letzten Jahren hatte der Konzern so fette Gewinne wie noch nie – bis zu 300% mehr als in all den Jahren davor. Ein Grund dafür war, dass Mercedes in dieser Zeit die Preise für seine Autos extrem nach oben geschraubt hat.

Doch nun sinken die Verkaufszahlen etwas, insbesondere in China, wo Mercedes sich jahrzehntelang eine goldene Nase verdient hat. Daher werden die Gewinne wieder „normaler“. Sie liegen „nur noch“... bei 10,41 Milliarden Euro. Das nennen sie „Katastrophe“!

Es gibt keinen Grund, warum die Arbeitenden hinnehmen sollten, dass Leiharbeiter entlassen, Löhne gekürzt und Arbeitsplätze junger Kollegen vernichtet werden... weil den Konzernbossen 10 Milliarden nicht reichen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!